

Demonstration GEGEN MILITÄRINTERVENTIONEN UND VÖLKERMORD! DEUTSCHE UNTERSTÜTZUNG STOPPEN! HANDS OFF VENEZUELA!

Freitag, 09.01.2026, 16 Uhr, vor dem Deutsch-amerikanischen Institut, Pestelstr. 2, 66119 Saarbrücken

Saarbrücken, 6. Januar 2026. Das FriedensNetz Saar veranstaltet gemeinsam mit dem Bündnis solidarische Linke und dem Studierendenverband SDS Saarbrücken eine Demonstration gegen die Militärintervention in Venezuela. Wir fordern alle Friedenskräfte im Saarland zur Unterstützung auf.

Der Kospreecher des FriedensNetz, Thomas Hagenhofer, erklärt: „Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in der internationalen Politik ist schon lange verloren. Jetzt sehen alle, dass es nie um Menschenrechte, sondern immer um Bodenschätze und Vormachtstellung ging. Wem das Völkerrecht zu komplex ist, sollte als Kanzler oder Außenminister schnellstens zurücktreten.“

Im Aufruf zur Demonstration zum saarländischen Landtag heißt es:

"Die aktuelle Aggression lässt sich am besten als Wiederbelebung der Monroe-Doktrin von 1823 verstehen, die europäische Mächte vor Einmischungen in der westlichen Hemisphäre warnte, und die Vorherrschaft der USA in Nord-, Mittel- und Südamerika sicherte. (...)

Die Angriffe reihen sich in zahlreiche US-Interventionen in Amerika ein. Das Völkerrecht erleichtert die Akkumulation und wird ignoriert, sobald die Rentabilität in eine Krise gerät. Auch Deutschland war an völkerrechtswidrigen Angriffen direkt beteiligt wie im Krieg gegen Jugoslawien oder im Kosovo. Der Zusammenbruch der Sowjetunion leitete drei Jahrzehnte einseitiger Straflosigkeit ein, die durch die Invasionen in Afghanistan, Irak und Libyen gekennzeichnet waren. Der Krieg in der Ukraine signalisiert die Erosion der globalen Dominanz der USA und ihrer Verbündeten. (...)

Die Wurzel der militärischen Konfrontation liegt im Bereich wirtschaftlicher, kapitalistischer Interessen.

Eine glaubwürdige europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Boden des Völkerrechts muss alle Gewalttäter und Rechtsbrecher gleichbehandeln: Die Bundesregierung muss den Angriff deutlich verurteilen, politische Konsequenzen ziehen und etwa den Kauf von US-Rüstungsgütern sofort einstellen. Vom Landtag und der saarländischen Landesregierung fordern wir entsprechende Initiativen im Bundesrat! Dabei haben wir keine Illusionen in die herrschende Politik. Solche Maßnahmen können nur durch den Druck von außerparlamentarischen Bewegungen durchgesetzt werden.

Wir gehen auf die Straße, um eine einfache Wahrheit zu bekräftigen: Nieder mit Krieg, Imperialismus und Völkermord und Kapitalismus. Hoch die internationale Solidarität!“